

Der Tagesspiegel

31. Oktober 2003

Ab in die Mitte

Brandenburgs Innenstädte veröden. Gemeinden und Wirtschaftsverbände fordern mehr Geld für die Zentren

Von Thorsten Metzner

Potsdam. Der Wiederaufbau der Brandenburger Innenstädte gerät ins Stocken. Nachdem die Sanierung der historischen Zentren in den vergangenen Jahren voranging, fehlen nun öffentliche Gelder, um die Arbeiten weiterzuführen. Investoren bleiben wegen der Wirtschaftskrise aus. Gleichzeitig gibt es immer mehr leer stehende Wohnungen, weil die Einwohnerzahl sinkt. Um dem entgegenzuwirken, gründeten am Donnerstag Gemeinden und Wirtschaftsverbände ein „Innenstadt-Forum Brandenburg“.

„Es sind mehr denn je intelligente Konzepte gefragt“, sagte Victor Stimming, Präsident der Potsdamer Industrie- und Handelskammer. Er fordert, dass nicht mehr die Wohn- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese gefördert werden, sondern die Stadtzentren. Denn besonders in den Städten in den dünn besiedelten Randregionen schrumpfe die Bevölkerung in den kommenden Jahren teilweise um bis zu zwanzig Prozent. Die jungen Leute wandern ab und die, die dableiben, bekommen immer weniger Kinder. So schätzen Experten, dass die Stadt Brandenburg im Jahr 2015 nur noch 67000 Einwohner haben wird, 24000 weniger als noch 1999. In Wittenberge werden künftig nur noch 17951 Menschen leben, 10219 weniger als 1999. Das Problem sei, dass sich viele Städte darauf noch nicht eingestellt haben, sagt Klaus Eichler, der zuständige Abteilungsleiter im Bauministerium. „Da ist die Wachstumseuphorie der 90er Jahre noch in vielen Köpfen, und in den Stadt-Konzepten“. Die Landesregierung müsse schnell handeln, sagte Eichler.

Wegen der immer knapper werdenden Gelder – gerade erst wurden Kürzungen bei der Städtebauförderung im Haushalt 2004 verhindert – müssten die Ministerien Egoismen überwinden und Mittel ressortübergreifend für die Innenstädte bündeln.

Dass die Städte kleiner werden, sei auch eine Chance, betonte Eichler. „Die Ressourcen müssen konzentriert werden“, forderte auch Rainer Baatz, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungsträger im Land Brandenburg. Er appellierte an die Landesregierung, die Regional- und Förderpolitik ganz „auf eine Stabilisierung der Innenstädte auszurichten“. Baatz sprach dabei aus, wovor Brandenburgs Politiker bisher zurückschrecken: „Das bedeutet zwangsläufig einen gewissen Rückzug aus der Fläche.“ Das heißt im Klartext: Statt das knappe Geld weiter in aussterbende Dörfer zu stecken, sollte es auf die Städte in den ländlichen Regionen konzentriert werden. Denn bei deren Sanierung, so Baatz, sei erst die Halbzeit erreicht.

Erst recht, weil die Lage für Handel und Gewerbe in den Städten nach wie vor schwierig ist, wie Potsdams Baudezernentin Elke Kuick-Frenz betonte. „Eigentlich müsste das Geld für die Sanierung in den Erdgeschoss verdient werden.“ Aber selbst in der Landeshauptstadt Potsdam, die die höchste Kaufkraft Ostdeutschlands habe, reiche der Umsatz im Einzelhandel der Innenstadt bisher nicht aus.

In anderen Städten und Regionen sieht es noch schlimmer aus. So klagten in einer Umfrage des Einzelhandelsverbandes Frankfurt/Oder über 70 Prozent der Einzelhändler in den Innenstädten Ostbrandenburgs über Umsatzrückgänge. Diese hätten ihre Ursache nicht nur in der aktuellen wirtschaftlichen Lage, so die einhellige Klage, sondern auch in der Konkurrenz durch Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Deshalb warnte IHK-Präsident Stimming: „Brandenburgs Innenstädten wird schleichend die Existenzgrundlage entzogen.“